

# FACT SHEET

## Die Rüstungsausgaben steigen



### Was sind die Pläne für die Verteidigungsausgaben 2021?

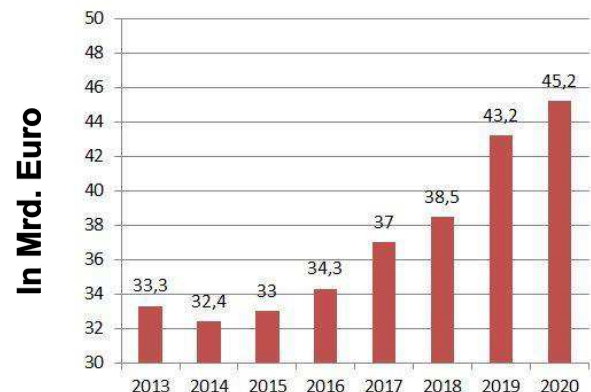
Im September dieses Jahres wurde der Haushaltsentwurf für das kommende Jahr ins Bundeskabinett eingebracht. Dieser Entwurf sieht für 2021 Verteidigungsausgaben von 46,8 Milliarden Euro vor. (1) Das würde einen Anstieg um 2,6 Prozent gegenüber den Ausgaben aus dem aktuellen Jahr bedeuten. Außerdem wären dies rund 1,2 Milliarden Euro mehr, als im Haushalts-Soll 2020 angegeben sind. Im Dezember steht die Verabschiedung des Bundeshaushaltes 2021 bevor.

### Wie haben sich die Verteidigungsausgaben in den letzten Jahren entwickelt?

2015 wurde von der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen die sogenannte „Trendwende“ eingeleitet. Seitdem ist der Verteidigungshaushalt von Jahr zu Jahr schrittweise angestiegen. Im Haushaltsjahr 2014 lagen die Verteidigungsausgaben noch bei 32,4 Milliarden Euro – im Gegensatz dazu sind die Ausgaben im aktuellen Jahr bereits bei auf 45,2 Milliarden Euro angesetzt. Das Bundesministerium für Verteidigung schreibt dazu:

„Der Etat ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, um den gewachsenen Anforderungen an die Bundeswehr nachzukommen.“ (2) Um an dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO festzuhalten, würde eine Erhöhung der aktuellen Verteidigungsausgaben um weitere 14 Milliarden Euro notwendig.

### Entwicklung des Verteidigungshaushaltes von 2013 bis 2020



## Wie setzt sich der Verteidigungshaushalt zusammen?

Der Verteidigungshaushalt besteht aus vier Bereichen, für die die Verteidigungsausgaben verwendet werden. Ein Großteil davon (etwa 56,6 Prozent im Jahr 2020) fällt in den Bereich „Allgemeine Betriebskosten“, zu denen unter anderem Lohn- und Gehaltszahlungen, NATO-Beiträge sowie Kosten der Ausbildung und Truppenübungen zählen. Ein weiterer Teil (23,4 Prozent in 2020) wird für „Investive Aufgaben“ eingeteilt. Damit sind Rüstungsprojekte, wie beispielsweise der Eurofighter oder neue Fregatten, gemeint. Außerdem gibt es den Bereich „Versorgungsausgaben“ (13,5 Prozent in 2020), in den zum Beispiel Ausgaben für die Versorgung ehemaliger Beamt\*innen und Soldat\*innen fallen. Die restlichen Ausgaben entfallen in den Bereich „Betreiberverträge zur Weiterentwicklung der Bundeswehr“ (7 Prozent in 2020). Dies sind Ausgaben im Rahmen der Privatisierung von Teilbereichen, die der Bundeswehr zur Verfügung gestellt werden.

## Warum lehnen wir diese Entwicklung ab?

Im Frankfurter Appell, einer Erklärung der Initiative „abrüsten statt aufrüsten“, heißt es: „Die weltweiten Militärausgaben erreichen neue Rekord-

höhen; allein auf die zehn Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben entfallen 75 Prozent. Und sie sollen weiter gesteigert werden. Deutschland liegt auf Platz sieben und hatte 2019 den höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Staaten.

Bei den Waffenexporten erreicht unser Land den skandalösen Rang fünf.“ – In Zeiten von Corona, Klimawandel und steigender sozialer Ungleichheit wirkt dies absurd. Die Initiative fordert, dass der Bundeshaushalt das Geld nicht für Rüstung, sondern für Investitionen in den Ausbau des Sozialstaats, in der Gesundheit, im Umweltschutz, der Wissenschaft und der Bildung einsetzt. Und nur eine konsequente Abrüstung setzt die Mittel dafür frei.

## Wie kannst du dich engagieren?

Informiere dich weiter auf den Seiten des Netzwerk Friedenskooperative:

<https://www.friedenskooperative.de/kampagne/wir-fordern-abruersten-statt-aufruesten>

und auf den Seiten der Kampagne „abrüsten statt aufrüsten: <https://abruersten.jetzt/> über aktuelle Aktionen und Petitionen sowie Informationsmaterial.

(1) Bundesministerium der Finanzen: Finanzbericht 2021, S. 83.

(2) Bundesministerium für Verteidigung:

<https://www.bmvg.de/de/themen/verteidigungshaushalt/entwicklung-und-struktur-des-verteidigungshaushalts>